

Das rieche nach bestelltem Gefälligkeitsgutachten. Der Kreisvorstand forderte Wendelborn auf, unverzüglich aus dem Verkehrsausschuß des Bundestages auszuscheiden, widrigenfalls „der Vorstand ein Verfahren auf Ausschluß aus der Partei einleiten“ werde.

Ein Abgeordneter, der sich als sein eigener Lobbyist in Bonn betätige — so argumentierte der Kreisvorstand —, dürfe nicht länger im Verkehrsausschuß an dem Entwurf des neuen Personenbeförderungsgesetzes mitarbeiten, das unter anderem die Vergabe von Konzessionen an Omnibusunternehmer neu regeln soll.

Wendelborn biete nicht die Gewähr dafür, daß er im Verkehrsausschuß korrekt arbeiten werde. Mitglieder des CDU-Kreisvorstandes wollen wissen, daß ein Teil der Gelder, die Wendelborn im vergangenen Jahr zur Finanzierung des Bundestagswahlkampfes besorgte, von einer Interessengemeinschaft der Omni-

leidigenden Äußerungen („infamer Verrat“) zurückzunehmen, andernfalls werde er Strafanzeige erstatten.

Vergebens ermahnte der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel, 45, der in der Parteihierarchie gleichzeitig CDU-Landesvorsitzender und stellvertretender Bundesvorsitzender ist, den Wendelborn zur Parteidisziplin: „Man kann doch nicht eine parteiinterne Angelegenheit durch eine Anzeige in die Öffentlichkeit tragen.“

Eine Strafanzeige gegen Böttcher sei überdies sinnlos. Kein Gericht werde die Beleidigung strafrechtlich verfolgen, weil Böttcher als Landtagspräsident Immunität genieße und der Landtag die Immunität wegen dieser Insultation nicht aufheben werde. Doch Wendelborn beehrte auf: „Das wollen wir erst einmal sehen. So viel Respekt habe ich nicht vor der Partei, daß ich mich bedingungslos füge.“

Nachdem Wendelborn am 6. August den Strafantrag beim Lübecker Oberstaatsanwalt eingereicht hatte, beschloß das Lübecker Stadtparlament, dem bedrohten Bürgermeister Rechtsschutz zu gewähren. Alle Kosten, die sich für Böttcher aus dem Parteistreit mit Wendelborn ergeben, werden von der Stadtkasse, also aus öffentlichen Mitteln, beglichen.

Gleichzeitig forderte der Kreisvorstand Wendelborn abermals auf, endlich aus dem Verkehrsausschuß auszutreten, sonst werde man ihn noch vor Beginn der neuen Parlamentsperiode (1. Oktober) aus der CDU und damit aus der christdemokratischen Bundestagsfraktion entfernen. Er könne sich schon überlegen, an welche Fraktion er sich dann als disqualifizierter Parlamentarier anhängen wolle.

Latente Gegensätze

Über Wendelborns Parteiausschluß sollte bereits am 25. August in einer Landesvorstandssitzung* entschieden werden. Der Landesvorstand faßte jedoch keinen Beschluß, weil ein wichtiges Dokument fehlte. Der Vorstand wagte nicht, Wendelborn ohne schriftliche Zustimmung des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion, Heinrich Krone, aus der Partei auszuschließen.

Man hatte gehofft, daß Krone das „enfant terrible“ der schleswig-holsteinischen CDU zum Abschluß freigeben werde, aber Krone drückte sich vor einer klaren Antwort und wich in den Erholungsurlaub aus. Er will in den parlamentarischen Abstimmungskämpfen keinen Mann missen.

Die Lübecker CDU läßt solche Überlegungen jedoch nicht gelten. CDU-Senator Ernst Timm: „Der Fall Wendelborn ist typisch für die latenten Gegensätze, die zwischen der Bundestagsfraktion und den unteren Parteiformationen bestehen. Die denken in Bonn, die Partei kann uns den Buckel hinunterrutschen. Wir brauchen sie erst wieder in vier Jahren beim nächsten Bundestags-Wahlkampf.“ Dabei habe es die CDU dringend nötig, „im Fall Wendelborn eisern zu sein, weil man der CDU schon so oft Lobbyismus vorgeworfen hat“.

Die Affäre soll nun spätestens am 20. September „auf höchster Ebene“ bereinigt werden. Dann findet in Kiel der CDU-Bundesparteitag statt, bei welcher Gelegenheit die Lübecker Delegierten, voran Böttcher und seine Anhänger, den CDU-Ältesten Konrad Adenauer ersuchen wollen, einen Machtspruch zu ihren Gunsten zu fällen. Senator Timm: „Es wird nichts anderes übrigbleiben, der Alte muß eingreifen.“

* Die Landesvorstände leiten das Parteiausschlußverfahren ein; die Mitgliedschaft ruht dann sofort. Gegen den Ausschluß kann bei einem Bundesschiedsgericht Revision eingelegt werden.

CSU

Was ein Christ nicht kann

Voller Unruhe haben CSU-Funktionäre mittlerer Qualität in den letzten Tagen beobachtet, daß sich die beiden einzigen wirklich profilierten Persönlichkeiten der Christlich-Sozialen Union, Dr. Dr. Alois Hundhammer und Dr. Josef Müller, nach jahrelangem persönlichem Hickhack einander wieder nähern.

Diese neue Konstellation, die durchaus zu personellen Veränderungen in den christsozialen Spitzengremien führen könnte, ist nicht etwa damit zu erklären, daß der Ritter Hundhammer vom Heiligen Grabe und der Müller-Ochsensepp von ihren angestammten konservativen beziehungsweise liberalen Glaubenssätzen abgelassen hätten, einer zugunsten des anderen. Der Grund für den überraschenden Akkord der beiden alten Erzfeinde ist vielmehr in dem Umstand zu erkennen, daß sie



SPD-Landtags-Kandidat Reitzner
Verleumdungen

beide zu Adolf Hitlers Zeiten Konzentrationslager kennengelernt haben, und zwar von innen: als Häftlinge.

Die Erfahrungen, die sie dort sammeln durften — Hundhammer in Dachau, Müller in Buchenwald, Dachau und Flossenbürg —, lassen es ihren Parteifreunden zwar menschlich verständlich erscheinen, daß die zwei schlicht dagegen sind, im Bayerischen Landtag demnächst neben einem leibhaftigen KZ-Wachmann zu sitzen. Doch mußten Alois Hundhammer und Josef Müller zu ihrem Schmerz feststellen, daß ihre Ansichten über die Würde des Parlaments und den Geschmack in der Politik dem großen Haufen der christsozialen Funktionäre veraltet scheinen.

Der Öffentlichkeit war eben der Mauthausener Häftlingsbewacher Peter Prücklmayer — Josef Müller: „KZ-Scherge“ — als CSU-Landtagskandidat vorgestellt worden, als Alois Hundhammer sich in einem Schreiben an den CSU-Chef Dr. Hanns Seidel auf diese Information des SPIEGEL bezog und mahnte: Solch eine Anwart-



CDU-Abschuß-Kandidat Wendelborn
Drohungen

busunternehmer stamme. Es sei zu befürchten, daß die Interessengemeinschaft politische Gegenleistungen erwarte.

Schutzsuchend wandte sich Wendelborn an den Vorsitzenden der CDU-Bundestagsfraktion, Dr. Heinrich Krone, der dem jungen Parlamentarier Hilfe versprach. Er gab ihm auch ein Schreiben, mit dem Wendelborn in Lübeck auftrumpfen konnte. Schrieb Heinrich Krone: „Ich sehe von mir aus keinen Anlaß, ein Fraktionsinteresse daran festzustellen, daß Sie künftig nicht mehr Mitglied des Verkehrsausschusses sind. Persönlich würde ich Ihnen den Rat geben, der Aufforderung schon deshalb nicht nachzugeben, weil daran ein Parteiausschlußverfahren anhängt werden soll. Das ist eine Drohung, der man sich nicht beugen darf.“

Wendelborn erklärte dem Kreisvorstand, daß er sich nicht beugen werde. Er beantragte gegen sich und den Bürgermeister Böttcher ein Ehrengerichtungsverfahren und forderte Böttcher auf, die be-

schaft solle doch ernstlich überprüft werden; dem Prücklmayer möge man einen Verzicht nahelegen. Heftiger noch äußerte sich der Ochsensepp, der unverblümt von einer NS-Infiltration der CSU redete.

Hundhammers und Müllers Erklärungen regten auch einige sonst friedfertige Zeitungen zu bissigen Kommentaren an. Schrieb der „Donau-Kurier“: „Die These, es läge nichts gegen Prücklmayer vor... schlägt jedem normalen politischen Sauerkeitsempfinden ins Gesicht. Aber... man vergißt, weil Erinnern in unangenehme Situationen bringen könnte. Man verzeiht, nicht weil man wirklich vergeben möchte, sondern weil ein Marschierer Hitlers inzwischen wieder salonfähig geworden ist und einmal von Nutzen sein könnte.“

Indes, CSU-Pressechef Hans Wüst blies namens der Landesleitung den Alarm wieder ab: Seine Partei sehe keinen Grund, dem Prücklmayer von seiner Kandidatur abzuraten. „Für die CSU ist der Fall erledigt.“ Und während Hundhammer und Müller noch einträchtig verlangten, der geschäftsführende Landesvorstand müsse zu einer Sondersitzung über das Thema Prücklmayer einberufen werden, forschten subalterne CSU-Chargen schon nach anderen Möglichkeiten, um die Prücklmayer-Affäre möglichst rasch mit einer anderen zu verdecken.

Nach dem Grundsatz, daß Angriff die beste Verteidigung ist, und nach der Erkenntnis, daß Emigranten weniger populär als Nationalsozialisten sind, beschäftigten sie sich mit den Landtagskandidaten jener Partei, auf die sie demnächst im Landtags-Wahlkampf ihre Attacken konzentrieren wollen, der SPD. Als bald kursierte die Frage: „Hat Ali Reitzner Bomben auf Deutschland geschmissen?“

Ali Reitzner, dessen voller Vorname Almar lautet, ist ein Sohn des SPD-Bundestagsabgeordneten Richard Reitzner. Vater Reitzner, seinerzeit Vorstandsmitglied der Deutschen Sozialdemokratischen Partei in der Tschechoslowakei, emigrierte Ende 1938 mit seiner Sippe nach England und wurde im Lager Holmhurst bei London interniert.

Kaum war der Krieg da, als sich auch schon Agenten der „Tschechoslowakischen Auslandsarmee“ in Holmhurst — wie auch in anderen Lagern, in denen Sudetendeutsche tschechoslowakischer Staatsangehörigkeit saßen — einfanden und Rekruten für ihre Legionen warben. Aber Wenzel Jaksch, der Führer der sudetendeutschen Sozialdemokraten, erreichte schließlich, daß seine Leute, soweit sie nach den britischen Gesetzen dienstpflchtig waren, in die Armee Seiner Majestät des Königs eintreten durften.

So kam Ali Reitzner zur Royal Air Force, bei der er es mit 21 Jahren zum Captain und zu fünf Tapferkeitsauszeichnungen brachte. Nach dem Kriege flog Captain a.D. Reitzner in einer britischen Maschine heimlich nach Prag, testete dort die Stimmung der Einheimischen, verfaßte in London einen Bericht darüber, der in einer Unterhausdebatte diskutiert wurde, und schrieb außerdem noch eine Broschüre über sein Abenteuer.

Während Vater Reitzner sich 1949 im Bonner Bundestag niederließ, lernte Sohn Reitzner die Anfangsgründe der Politik in München. Das Bundesvertriebenengesetz hatte die Familie Reitzner zu deutschen Staatsangehörigen gemacht, und Ali, den es auch in ein Parlament zog, wurde im heurigen Sommer von der SPD als Landtagskandidat für den oberbayerischen Stimmkreis Landsberg-Schongau nominiert.

Die Prücklmayer-Affäre war es nun, die das CSU-Interesse auf Ali Reitzner und seine Broschüre lenkte, aus der immerhin



Der Diktator kommt

Endlich, nach achtzehn Jahren, ist Charlie Chaplins beißende Filmsatire auf den „größten Führer aller Zeiten“ auch in deutschen Lichtspielhäusern zu besichtigen. „Der große Diktator“ (1940 gedreht, als Hitler halb Europa erobert hatte) betrachtet Charlie Chaplin selbst als einen Höhepunkt seiner Karriere. Ein kleiner Mann, der in Armut aufwuchs und nie eine richtige Schule besuchte, wurde der berühmteste Filmstar der Welt, weil er als der kleine Mann mit Stöckchen und Melone die Herzen aller kleinen Leute gewann. Das Spiel mit der Armut brachte ihm Reichtum und Ruhm. „Das einzige Genie der Leinwand“, schrieb George Bernard Shaw über Charlie, der die frühe Filmgeschichte verklärte. Unter dem Titel „Ein Lächeln und eine Träne“ verfolgt die Film- und Fernseh-Illustrierte STAR-Revue im neuen Heft den Weg Charlie Chaplins vom kleinen Varieté-Tänzer zum großen Star.

In der neuen STAR-Revue finden Sie außerdem: den packenden Roman „Schwimm mit mir um Mitternacht“; einen Bericht über die Exportanstrengungen der sowjetischen Filmproduktion; einen Besuch bei Dr. Bernhard Grzimek im Frankfurter Zoo; das Neueste über beliebte Filmstars und sehenswerte Filme — und wie immer: das Fernsehprogramm für 14 Tage.

Die Film- und Fernseh-Illustrierte

STAR
REVUE

Neu!

Kühlt
in Sekunden
Erfrischt
für Stunden

PALMOLIVE Rasierwasser

kühlt so schnell,
erfrischt so nachhaltig.

Hier ist ein neues Rasierwasser, das die Haut tatsächlich in Sekunden kühlt, sie erfrischt und von Rasur zu Rasur neu belebt. Das empfinden Sie sofort, wenn Sie nach dem Rasieren jetzt Palmolive-Rasierwasser benutzen — auch nach der

elektrischen Rasur. Überzeugen Sie sich doch einmal selbst davon. Außerdem hilft Palmolive-Rasierwasser kleinere Hautschäden schneller heilen.



DM
1.80 275 4.50

hervorgeht, daß Ali RAF-Captain gewesen war. Beteuert Ali: „Ich war Transportflieger, und zwar nach Afrika und Indien. Bomben habe ich nie befördert, geschweige denn abgeworfen. Da können die lange suchen.“

In der Tat blieb allen Anstrengungen der Christsozialen, den SPD-Landtagskandidaten Reitzner als Bombenterroristen zu entlarven, bislang der Erfolg versagt — so daß der geschäftsführende CSU-Landesvorstand, dem unermüdlichen Drängen Alois Hundhammers und Josef Müllers ausgesetzt, am letzten Mittwoch ziemlich bedrückt zusammentrat. Unmittelbar vorher hatte Dr. Hans Kapfinger, Chefredakteur der größten Zeitung Niederbayerns, in seiner sonst durchaus nicht CSU-feindlichen „Passauer Neuen Presse“ geschrieben:

„Die CSU-Landesleitung möge es zur Kenntnis nehmen, daß wir in Niederbayern keinen ehemaligen KZ-Bewacher als Landtagskandidaten haben wollen, auch wenn ihn die Hopfenbauern im Landkreis Kelheim vorgeschlagen haben. Die Ehre unserer herrschenden Partei verlangt es einfach, daß sie in der Auswahl der politischen Kandidaten sauber ist... Wir fragen uns und fragen die CSU und ihren Generalsekretär: Habt ihr wirklich keinen anderen?“

Kapfingers Frage blieb unbeantwortet. Ministerpräsident Seidel und dessen engste Vertraute brachten es nicht über sich, dem Prücklmayer von der Landtagskandidatur abzuraten. Alles, wozu sich die CSU-Spitze nach intensiver Diskussion aufzuraffen vermochte, war ein Appell, die zuständigen Lokaldelegierten der Partei möchten „angesichts der besonderen Problematik dieser Kandidatur“ die Kandidatenwahl noch einmal wiederholen.

Nicht zur Sprache kam bei diesem Palaver eine andere Kandidatur, über die in CSU-Kreisen ebenfalls nur ungern etwas gesagt wird. Im Stimmkreis Traunstein, der vor 1933 Alois Hundhammer für die Bayrische Volkspartei in den Landtag entsandt hatte, kandidiert jetzt ein CSU-Mann für den Landtag, der immerhin zum Sicherheitsdienst der SS gehörte.

Dieser SD-Mann namens Leonhard Schmucker, Jahrgang 19 und heute Gemeindeamtmann in Ruhpolding, hatte sich 1940 mit Erfolg um den Posten des Kreiskassenverwalters in Bergeichenstein beworben. Bergeichenstein liegt im Böhmerwald und war im Herbst 1938 zu Bayern geschlagen worden, ebenso wie die bis dahin tschechischen Landkreise Prachatitz und Markt Eisenstein. Der SD-Abschnitt Bayreuth richtete in Bergeichenstein eine Außenstelle für diesen Rayon ein, deren Leiter im Frühjahr 1942 versetzt wurde. Zu seinem Nachfolger avancierte der Jungbeamte Leonhard Schmucker.

Der 23jährige SD-Außenstellenchef verfügte, wie er sich heute erinnert, über 20 V-Leute, deren Nachrichten er nach Bayreuth weiterreichte. Schmucker ließ Deutsche und Tschechen beobachten und lieferte Situationsberichte sowie Beurteilungen über Einzelpersonen. Nach anderthalb Jahren verlor er seinen SD-Posten, nicht weil er untüchtig war, sondern weil die Stelle hinfort mit einem hauptamtlichen SD-Funktionär besetzt sein sollte. Kreiskassenverwalter Schmucker blieb aber dem SD treu: als Konfident.

Nachdem die Amerikaner den SD-Schmucker für 30 Monate eingebuchtet hatten, wußte er vor der Spruchkammer Traunstein außer mit obligaten Persilscheinen auch mit einer Entlastungszeugin aufzuwarten. In Bergeichenstein hatte er ein Fräulein Olga Tutschku aus Prachatitz kennengelernt, das mit einem jüdischen Arzt verlobt war. Der Arzt verscholl, und Fräulein Olga Tutschku ehelichte den zehn

Jahre jüngeren SD-Außenstellenchef Leonhard Schmucker.

Ehefrau Schmucker bekundete vor der Spruchkammer manche Widerstandstat ihres Gatten: Mitunter habe Leonhard sogar unzutreffende Nachrichten nach Bayreuth geschickt. Die Kammer befand, daß Schmucker „nicht zur Gruppe derer gehört, die in Nürnberg als verbrecherisch bezeichnet wurden“. Außerdem gelte für ihn die Jugendamnestie.

Auf die Frage, warum der Widerständler Schmucker gleich nach seinem 18. Geburtstag der NSDAP, der NSV, dem Reichsbund Deutscher Beamter, dem Reichsluftschutzbund und dem Reichskolonialbund (Ortskassierer) beigetreten sei, gibt der CSU-Landtagskandidat Schmucker die kraftvolle Antwort: „Mei,



Landtags-Kandidat Schmucker
Vom SD zur CSU

wenn man damals net dabei war, kam man ja nie zum Zug.“

In der CSU kam Schmucker muhelos zum Zug. Sein einziger partei-interner Konkurrent um den Landtagssitz war ein gewisser Dr. Hugo Decker, weiland Fraktionsführer der Bayernpartei im Bundestag. Münchner CSU-Funktionäre hatten ihn aus der politischen Führerreserve herausgeholt, „weil er so große Verdienste daran hat, daß die BP damals dem Kurs des Kanzlers folgte“. Die Traunsteiner Lokal-Delegierten der CSU achteten solche Verdienste gering; sie ließen Decker links liegen.

Schließlich empfindet der Landtagskandidat Schmucker ebenso wenig Skrupel wie der CSU-Landtagskandidat Prücklmayer. Beide halten sich für seelen-geläuterte Bürger, die mit gutem Recht darauf bestehen, das CSU-Volk im Parlament zu vertreten.

Wohingegen der CSU-Ochsensepp für seine neue Antifa-Einheitsfront mit dem CSU-Hundhammer nicht ohne Seitenblick auf den Ritter vom Heiligen Grabe die Parole ausgegeben hat: „Als gläubiger Christ kann man wohl verzeihen, deswegen aber nicht vergessen.“